

Medienmitteilung

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), 20. März 2025

Der Ukraine-Krieg als Argument für neue Atomkraftwerke ?

Der Bundesrat will den Neubau von Atomkraftwerken wieder möglich machen. Dafür ist Energieminister Albert Rösti jedes Argument recht. Selbst der Krieg in der Ukraine. Ausgerechnet. Auch deshalb lehnen die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) sowohl den indirekten Gegenvorschlag wie auch die Blackout-Initiative ab.

«Wir haben einen Krieg in Europa, der nicht jederzeit den Import von Strom zulässt», sagte Bundesrat Albert Rösti (SVP) Ende August 2024 gegenüber Fernsehen SRF. Auch deshalb gehöre das Schweizer Bauverbot für neue Atomkraftwerke (AKWs) aufgehoben. Was sich beim völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine überdeutlich zeigt, erwähnte Bundesrat Rösti nicht: Krieg erhöht das ohnehin existierende Risiko eines schweren AKW-Unfalls massiv. **Das führen die Kämpfe beim russisch besetzten ukrainischen AKW Saporischschja und in der Nähe des russischen AKW Kursk vor Augen.**

Kriegsszenarien nicht beachtet

Rösti liess die Kriegsrisiken für Schweizer AKW beiseite, obwohl die beiden Eidgenössischen Kommissionen für Strahlenschutz (KSR) und ABC-Schutz (KomABC) die Gefahr ein halbes Jahr vorher thematisieren: Wegen der Situation in der Ukraine seien für die Schweiz «auch kriegerische Szenarien wieder relevanter geworden.» Die Kommissionen fragten sich, ob auch «von einem kriegerischen Anschlag auf ein Kernkraftwerk mit Freisetzung des gesamten radioaktiven Inventars» als möglichem Szenario auszugehen sei. Sie liessen die Antwort offen. Sie empfehlen jedoch, «**für kriegerische Szenarien entsprechende Vorsorgeplanungen**» zu erstellen und die «Bedrohungsszenarien» zu «überdenken».

Gefahr aus der Luft

Der Schweiz drohe kein Vorstoss russischer Truppen, sondern vor allem Luftangriffe und Cyberattacken, widersprach Mauro Mantovani, Strategieexperte an der ETH Zürich im Januar 2025 im Schweizer Radio SRF entsprechenden Äusserungen in Militär- und Politik-Kreisen. Luftangriffe könnten also auch vorsätzlich oder unbeabsichtigt Atomanlagen in der Schweiz und im benachbarten Ausland treffen. Die Schweizer AKWs seien nur «bedingt gegen kriegerische Ereignisse geschützt und nicht gegen schwere militärische Mittel ausgelegt», räumte die Atomaufsichtsbehörde «Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat» ENSI ein. Welche Folgen ein Angriff haben könnte, unterliege «der Geheimhaltung». Dabei ist ziemlich klar, was geschehen würde: Ein Angriff könnte z. B. den Reaktor zerstören und einen Teil oder das gesamte nukleare Inventar freisetzen. Oder die Reaktorkühlung unterbrechen und so eine Kernschmelze verursachen. Je nach Wind würden weite Landstriche verstrahlt. Allein im 20-Kilometer-Umkreis des AKW Gösgen leben rund 480'000 Menschen, 475'000 um das AKW Beznau und ca. 355'000 um das AKW Leibstadt.

Nicht geschützt

Die Atomanlagen seien vor Luftangriffen «so gut oder schlecht» geschützt wie der Rest der Schweiz, antwortete die Gruppe Verteidigung der Armee auf Anfrage. Vieles spricht für eher schlecht: Die Luftverteidigung sei ungenügend, betonte etwa Albert A. Stahel, emeritierter Professor für Militärstrategien der Universität Zürich im April 2024 gegenüber der Sonntagszeitung. Zwar gibt der Bundesrat viel Geld für neue Kampfflugzeuge und die Luftabwehr aus. Das sei «der erste Schritt in die richtige Richtung einer umfassenden Fliegerabwehr», so Stahel weiter. Die Luftverteidigung bildet trotz hoher Kosten also keinen umfassenden Schutz für die Schweiz und folglich auch nicht für ihre AKWs.

Kleine Wahrscheinlichkeit, die im Notfall niemandem nützt

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweizer AKWs absichtlich getroffen werden, dürfte derzeit relativ klein sein. Wahrscheinlichkeit sagt aber nichts über den Zeitpunkt eines Ereignisses aus. Auch die (zivilen) Atomkatastrophen in Tschernobyl am 26. April 1986 und Fukushima am 11. März 2011 hätten gemäss Berechnungen höchstens einmal in 7000 Jahren passieren sollen. Das gilt auch für einen schweren Luftangriff auf ein Schweizer AKW: So wenig wahrscheinlich er scheint, so wenig lässt er sich ausschliessen. Neben menschlichem und technischem Versagen stellt Krieg also ein weiteres, grosses Risiko für die AKW-Sicherheit dar. Das ist nicht nur Grund genug, keine neuen AKWs zu bauen, sondern auch, die alten schnellstmöglich abzuschalten. Darum lehnen die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) sowohl den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats wie auch die Blackout-Initiative ab.

Hintergrundinfos:

Krieg ist ein Grund gegen Atomkraftwerke und sicher nicht dafür (Oekoskop 1/25, Auszug)

Stellungnahme der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Kontakt:

Dr. Martin Forter, Geschäftsleiter AefU	061 691 55 83
Dr. med. Bernhard Aufderegg, Präsident AefU	079 639 00 40